

Pressemitteilung vom 12.04.2011 zu Photovoltaik auf dem Bundeswehrübungsplatz



Die Gremien des Bundes Naturschutz (BN) im Landkreis Haßberge waren und sind sich der Verantwortung bewusst, ihren Beitrag zum Schutz der Umwelt und der Natur zu leisten. Zu dieser Verantwortung gehört auch der Einsatz für die Erhaltung der schützenswerten Teile der Natur auf dem ehemaligen Bundeswehrübungsplatz in Ebern. Natur zerstörende Motorsportnutzung und damit einhergehend gleichzeitiger unnötiger Energieverbrauch können nicht die Zustimmung des BN finden. Energie sparen ist neben dem Einsatz erneuerbarer Energien das Gebot der Stunde.

Vor der Festlegung der 37 Hektar großen Flächen für den geplanten Solarpark auf dem Übungsplatz ist die Stadt Ebern nicht auf den Bund Naturschutz zugegangen. Der BN durfte sich erst im Rahmen des Verfahrens mit förmlichen Stellungnahmen einbringen. Bei einer vertrauensvollen Zusammenarbeit hätte man sicher eine für beide Seiten verträgliche Lösung finden können.

BN Ebern und BN Haßberge unterstützen seit mehr als 10 Jahren aktiv die Nutzung der Solarenergie. Auch die Nutzung von Ackerflächen, welche in der Regel mit Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln belastet werden, wurde gerade von den örtlichen BN-Organisationen als Ergänzung zu den vorrangig zu nutzenden Dachflächen begrüßt. Einer Nutzung von ökologisch hochwertigen Flächen kann der BN jedoch grundsätzlich nicht zustimmen. So genießen die für die Photovoltaikvorgesehenen 37 Hektar auf dem Übungsplatz alle den Schutz als Flora-Fauna-Habitat-Gebiet (FFH). Einzelne Teile davon sind besonders schützenswert.

Der Bund Naturschutz macht hiermit der Stadt Ebern und auch dem Investor das Angebot, die Wertigkeit der Flächen noch einmal abzuklären und ggf. seine Einwendungen gegen einen Teil der Flächen zu überdenken. Die Rücknahme des beim Verwaltungsgerichtshof eingereichten Antrages auf Überprüfung des Bebauungsplanes kann aber nur dann erfolgen, wenn die Stadt gleichzeitig auf die Nutzung des Übungsplatzes für Motorsportzwecke verzichtet. Nachdem von Seiten der Stadt schon mehrfach geäußert wurde, dass sich dieses Projekt nicht mehr verwirklichen lasse, sollte für die Stadt der Verzicht auf diesen Teil des Bebauungsplanes kein Hindernis sein.

Der BN geht davon aus, dass der Investor der PV-Anlage an einer baldigen und problemlosen Umsetzung seiner Pläne interessiert ist. Bürgermeister Herrmann wurde daher aufgrund der Eilbedürftigkeit über dieses Angebot durch die örtlichen Vorsitzenden des Bundes Naturschutz persönlich informiert.

Dr. Klaus Mandery
1. Vorsitzender BN Kreisgruppe Haßberge